

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

44. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 102.

Freitag, den 19. December

1884.

Tagesgeschichte.

Die im Reichstage mit einer Majorität von 22 Stimmen erfolgte Ablehnung einer vom Reichskanzler wiederholt und auf das Eindringlichste und in eingehender Begründung als unbedingt notwendig bezeichneten zweiten Direktorstelle im Auswärtigen Amte mit einem Gehalte von 20,000 M., und die der Beschlussfassung vorausgegangene Debatte, wird gewiß überall in ganz Deutschland und selbst in den Reihen derjenigen Parteien, deren Vertreter den Beschluß gefaßt haben, Aufsehen zu erregen, bitteren Tadel und Bedauern begegnen, und kann nicht verfehlen, das Ansehen des Reichstages zu schädigen, dessen gegenwärtige Majorität sich im Eifer der Opposition gegen den Fürsten Bismarck hinreißen läßt, unsachgemäße und unhaltbare Beschlüsse zu fassen. Einen sehr peinlichen Zwischenfall führte der sozialdemokratische Abgeordnete v. Bollmar herbei. Fürst Bismarck hatte zur Verstärkung seiner Versicherung, daß die neue Direktorstelle notwendig sei, eine oratorische Berufung auf seinen Amtseid angewendet. Mit Bezug darauf sprach Abg. v. Bollmar von den Fällen, in denen sich vor Gericht ergeben hat, daß untergeordnete Polizeibeamte unwahre Behauptungen auf ihren Amtseid genommen haben. Wenn dieser Bezugnahme nicht sinnlos sein sollte — und zu sinnlosen Aeußerungen ist Abg. v. Bollmar zu gebildet —, dann war sie eine schwere und frivole Beleidigung des Reichskanzlers, und sie mußte mit einem nachdrücklichen Ordnungsruf geahndet werden. Der Präsident von Wedell schien den Anforderungen des Momentes nicht gewachsen; er machte einige unzulängliche Bemerkungen, durch welche dem Abg. v. Bollmar eine Thür zum Rückzug geöffnet wurde, die er unter Berufung auf den bewährten Muth der Sozialdemokraten in Worten! — benutzte. Der Kanzler nahm sich selbst die Gemugthung, welche der Präsident ihm nicht verschafft hatte. Zu der vorgedachten Abstimmung im deutschen Reichstage bemerkt das Wiener „Fremdenblatt“: Es kann nur tief beklagt werden, daß gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, unmittelbar unter dem gewaltigen Eindrucke, den die Veröffentlichung der Aktenstücke in der westafrikanischen Kolonialpolitik in Deutschland wie in ganz Europa zu Gunsten des Fürsten Bismarck hervorgebracht hat, das deutsche Parlament so ganz am unrechten Ort und zur unrechten Zeit der Kancüne die Jügel schießen ließ und bewußt oder unbewußt denjenigen Elementen Heeresfolge geleistet hat, welche dem Reichskanzler und dem Reiche mit gleicher Unversöhnlichkeit entgegenarbeiten. Eine bessere und wohlfeilere Politik wird in keiner europäischen Staatskanzlei gemacht. Noch darf man hoffen, daß der deutsche Reichstag einsinken und zu dem Bewußtsein kommen wird, daß er durch derartige Experimente die eigene Autorität und Würde in der empfindlichsten Weise schädigt. Denn darüber wird wohl nirgends Zweifel bestehen, daß die unermessliche Majorität des deutschen Volkes nach den Ereignissen der vorgedachten Sitzung sich auf Seiten des Fürsten Bismarck stellen wird.

Das bedauerliche, schwachvolle Resultat der Reichstagsabstimmung am 15. December mit den unerfreulichen Verhandlungen hallt stark wieder im deutschen Volke und nimmt dem Parlamentarismus den Rest des Ansehens, der ihm bisher noch geblieben war. Unter Hinweis auf seine allzustarke persönliche Belastung forderte der Reichskanzler zur Abwicklung der beständig zunehmenden Geschäfte eine weitere Kraft. Das Haus verweigerte diese Position mit 141 gegen 119 Stimmen, es verweigerte sie dem Manne, der Deutschland auf den Gipfel des Ruhmes gehoben, es von der letzten auf die erste Stufe unter den großen Nationen gebracht hat. Dieser Beschluß erregt weit über Deutschlands Grenzen hinaus Aufsehen, im Reiche selbst begegnet er bitterem Tadel und lebhaftem Bedauern, schädigt er doch das Ansehen des Reichstages, dessen Majorität sich, blindlings fortweisend, auf dem Wege der Opposition, hinreißen läßt zu unsachgemäßen, unhaltbaren Beschlüssen. Selbst in den Reihen derjenigen Parteien, deren Vertreter diesen Beschluß herbeiführten, findet derselbe entschiedene Mißbilligung.

Zur Postsparkassenfrage äußert die „Demokr. Korr.“: „Wir sind nicht der Meinung, daß die Postsparkassen eine gefährliche Konkurrenz für die bestehenden öffentlichen und Privatparkassen sein werden. Wir glauben im Gegentheil, daß durch die Vermehrung der Einlegestellen von 7000 auf 14,000 der Spartrieb, namentlich der arbeitenden Klassen, überhaupt wesentlich gesteigert werden wird. Durch die Bestimmung, daß kein Guthaben der Postsparkasse 600 M. übersteigen soll, werden den Privatparkassen auch viele neue Einlagen zufließen, welche von den Postsparkassen wegen Erreichung des Maximums zurückgezogen werden müssen. Die Privatparkassen haben es übrigens in ihrer Hand, durch Erhöhung des Zinsfußes über die 3 Prozent, welche die Postsparkassen zahlen, diesen eine erfolgreiche Konkurrenz zu machen und diese Konkurrenz durch Vereinbarungen wegen der Uebertragung der Guthaben von einem Orte auf den andern noch ausgiebiger zu machen. Im Allgemeinen sind wir daher mit dem bisherigen Verlaufe der Postsparkassenangelegenheit im Schoße des Bundesrathes einverstanden.“

Die Franzosen haben seit 1871 Unsummen für neue Festungen und namentlich für Sperrforts ausgegeben und jammern jetzt, wo sie

die Zinsen der Milliarden aufbringen müssen. Sie haben sich aber selbst jahrelang im Bauen und Geldhinauswerfen überboten. Fremde sind es, welche auf die überlegene Ruhe der deutschen Heeresleistung aufmerksam machen im Gegensatz zu dem fieberhaften Bemühen der Franzosen, ihr Land wie mit einer chinesischen Mauer zu umziehen. Alles was deutscherseits geschehen ist, gegenüber jenen Festungs- und Sperrbauten, gipfelt in dem Bestreben, das Eisenbahnetz des Reiches strategischen Zwecken dienstbar zu machen und es so viel wie möglich auszubeuten, um zur rechten Zeit am rechten Orte so stark wie möglich im Felde zu stehen, aber nicht hinter Erdwerken die Maßregeln des Feindes abzuwarten.

In London stand jüngst die Wahl des Lord-Majors, das heißt des Oberbürgermeisters, bevor. Aldermann Johnson war guter Hoffnung, daß er es werden würde, leider war auch Frau Johnson guter Hoffnung und das verdarb alles. Denn es ist alter Brauch, daß die Stadt der Oberbürgermeisterin eine silberne Wiege schenken muß, wenn sie in die Wochen kommt. Das wollten die Aldermänner, das heißt die Gemeinderäthe, sparen und wählten Raster Rottage, von dessen Frau nichts zu befürchten ist.

Ein Telegramm vom 15. d. M. meldet über ein Grubenunglück: Auf der Kohlengrube Edderitz in Anhalt sind fünf Bergleute von Schlammmassen verschüttet und noch nicht aufgefunden worden. Der Tod derselben ist wahrscheinlich. Auch in der ungarischen Kohlengrube der Staatsbahn bei Anina hat eine Explosion und in Folge dessen ein Brand stattgefunden, wobei 50 Arbeiter verbrannten oder ersticken, die über 100 unmündige Waisen hinterlassen; 30 Arbeiter sind gerettet. Die Ursache des Unglücks ist die Verwendung gefährlicher statt der Sicherheitslampen; dadurch wurde die Explosion der Stickluft und des Kohlenoxydgases und die Entzündung des angehäuftes Kohlenstaubes hervorgerufen.

Waterländisches.

Das herannahende Weihnachtsfest giebt uns Veranlassung auf die den Tagesbillets auf den sächsischen Staatseisenbahnen zu den Feiertagen verliehene längere Gültigkeitsdauer hinzuweisen. Die gewöhnliche 3tägige Geltung dieser Billets wird bis auf 5 Tage ausgedehnt, dergestalt, daß die am Tage vor dem 1. Feiertage (24. Dezember) und an den beiden Feiertagen gelösten Billets zur Rückreise bis Sonntag den 28. Dezember gelten.

In der ersten Hälfte des Monats Juni l. J. soll in Radeburg bei Gelegenheit der dort stattfindenden Hauptversammlung des Landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Dresden eine Landwirthschaftliche und Gewerbeausstellung stattfinden. Zur Ausstellung zugelassen werden Produkte des Ackerbaues, der Viehzucht, der Milchwirthschaft, sowie Maschinen für landwirthschaftliche Zwecke und gewerbliche Erzeugnisse aller Art. Ueber die Bedingungen ertheilt das Ortskomitee zu Radeburg gern weitere Auskunft.

Meißen. Die Dompredigerstelle an der hiesigen Domkirche, mit welcher einschließlich des Wohnungsäquivalents ein jährliches Einkommen von 2550 M. verbunden ist, kommt mit dem 31. Januar 1885 zur Erledigung. Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse baldmöglichst bei dem Syndikus Zimmermann in Meißen einzureichen.

Am 8. d. M. und folgende Tage hat eine abermalige Auslosung Königlich Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 4% Staatsschulden-Kassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62/66 und /68, auf 4% herabgesetzten, vormals 5% dergleichen vom Jahre 1867, 4% dergleichen vom Jahre 1869 Lit. A und B, 4% dergleichen vom Jahre 1870, ingleichen die auf den Staat übernommenen auf 4% herabgesetzten, vormals 4 1/2% Schuldsscheine vom Jahre 1872 der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Kompagnie betroffen worden sind. Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdner Journal und dem Dresdner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirkssteuer-Einnahmen und Gemeindevorständen des Landes zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Interessenten zu ihrem Schaden die Auslosungen übersehen. Es können dieselben nicht genug davor gewarnt werden, sich nicht dem Irrthume hinzugeben, daß, so lange sie Zinsscheine haben und diese unbeanstandet eingelöst werden, ihr Kapital ungekündigt sei. Die Staatskassen können eine Prüfung der ihnen zur Zahlung präsentierten Zinsscheine nicht vornehmen und lösen jeden echten Zinsschein ein. Da nun aber eine Verzinsung ausgeloster Kapitale über deren Fälligkeitstermin hinaus in keinem Falle stattfindet, so werden die von den Bethelligten in Folge Unkenntniß der Auslosung zu viel erhobenen Zinsen seinerzeit am Kapitale gekürzt, vor welchem oft empfindlichen Nachtheile sich die Inhaber von Staatspapieren nur durch regelmäßige Einsicht der Ziehungslisten (der gezogenen wie der restirenden Nummern) schützen können.